

Weiter Streit über Schulsozialarbeit

CDU: Koalition ist gefordert

VON MATTHIAS LÜDECKE

Bremen. Der politische Streit um die Zuständigkeit für die Schulsozialarbeiter setzt sich fort. Mit erneuter Kritik hat die CDU auf einen Antrag der SPD-Bürgerschaftsfraktion zum Thema Bildungspolitik reagiert. Auf ihrer Klausur hatten die sozialdemokratischen Abgeordneten einen Antrag beschlossen, in dem der Senat unter anderem dazu aufgefordert wird, zu prüfen, ob und wie die etwa 50 Schulsozialarbeiter, die in Bremen derzeit aus Mitteln des Bildungs- und Teilhabepaketes finanziert werden, aus Landesmitteln weiterbeschäftigt werden können (wir berichteten).

„Die SPD muss sich die Frage gefallen lassen, weshalb sie erst jetzt aktiv wird“, kritisierte nun der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Thomas vom Bruch. Lange sei bekannt, dass die Bundesmittel auf zwei Jahre befristet seien. In Bremerhaven, so vom Bruch, habe man vorausschauender gehandelt und eine Million Euro zur Fortsetzung des Programms im Haushalt eingeplant. „Daran hätten sich SPD und Grüne ein Beispiel nehmen müssen“, sagte vom Bruch. Die Landesregierung sei nun in der Pflicht, tätig zu werden, dies schließe Verhandlungen mit dem Bund über weitere Hilfen ausdrücklich ein. Doch sieht vom Bruch den Bund nicht primär in der Pflicht: „Die SPD lenkt von der Untätigkeit der Koalition ab, wenn sie bei Versäumnissen stets mit dem Finger auf andere zeigt, obwohl sie selbst gefordert ist.“ Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör, wies die Kritik zurück. Die CDU habe nicht unrecht, wenn sie fordere, dass die Schulsozialarbeiter erhalten bleiben müssten. „Ihre Kritik sollte sie aber in Richtung Bundesregierung richten – und nicht in Richtung des Bremer Senats.“